

BESCHLUSS Nr. 8

**Auslegungserklärung zu Artikel 1 n) des Rheinübereinkommens
und Artikel 1 b) der Ausnahmevereinbarung**

Die Zentrale Verwaltungsstelle für die Soziale Sicherheit der Rheinschiffer,

gestützt auf Artikel 72 Absatz 1 Buchstabe a des Übereinkommens über die Soziale Sicherheit der Rheinschiffer vom 30. November 1979 (nachstehend "Rheinübereinkommen"), dem zufolge die Zentrale Verwaltungsstelle alle Fragen der Anwendung des Übereinkommens und der Verwaltungsvereinbarung behandelt,

angesichts der Auslegungsschwierigkeiten im Zusammenhang mit der Definition der Begriffe "Hilfskraft", wie in den Artikeln 1 Buchstabe n¹ und 11 Absatz 4 des Rheinübereinkommens verwendet, und "Personen, die auf bestimmte Zeit angeheuert wurden, um die Besatzung [...] zu vervollständigen oder zu verstärken", wie in Artikel 1 Buchstabe b der Vereinbarung über die Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften für Rheinschiffer gemäß Artikel 16 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 (nachfolgend "Ausnahmevereinbarung")² verwendet,

In der Erwägung, dass die Bezeichnung "Hilfskraft" im Sinne des Artikels 1 Buchstabe n des Rheinübereinkommens auf eine bestimmte Kategorie von Personen anzuwenden ist, die zwar an Bord eines Rheinschiffes arbeiten. Es handelt sich z. B. um Personen, die im Verlauf einer Fahrt an Bord gehen, um auf bestimmten schwierigen Streckenabschnitten das Schiff zu führen oder in Häfen Schiffsmanöver durchzuführen (diese Personen werden gewöhnlich als Piloten bezeichnet), um bei Havarien Rettungsmaßnahmen vorzunehmen oder punktuell Reparaturen an Bord durchzuführen. Diese Personen wohnen in der Regel in dem Staat, in dessen Hoheitsgebiet sie arbeiten,

In der Erwägung, dass die Ausnahmevereinbarung keine besonderen Bestimmungen für diese Kategorie von Personen (Hilfskräfte) enthält und auf sie deshalb entweder die maßgeblichen Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 anzuwenden sind oder, Artikel 11 Absatz 4 des Rheinübereinkommens³.

In der Erwägung, dass es sich bei den in Artikel 1 Buchstabe b der Ausnahmevereinbarung bezeichneten "Personen, die auf bestimmte Zeit angeheuert wurden, um die Besatzung [...] zu vervollständigen oder zu verstärken," nicht um "Hilfskräfte" im Sinne der vorstehenden Erwägungen handelt. Gemeint sind vielmehr Personen, die kurz an Bord eines Schiffes tätig werden und während der Zeit ihrer Tätigkeit an Bord zur Besatzung gehören. Diese Personen gelten als Rheinschiffer und fallen als solche unter die Ausnahmevereinbarung,

¹ Art. 1 lit. n des Rheinübereinkommens: „der Ausdruck ‚Hilfskraft‘ [bedeutet] einen Rheinschiffer, der befristet zur Vervollständigung oder Verstärkung der Besatzung nach den Rheinschiffahrtsverordnungen oder zur Ausführung von Schiffsmanövern in den Häfen eingestellt wird“.

² Art. 1 lit. b des Rheinübereinkommens: „als Rheinschiffer gelten auch diejenigen Personen, die auf bestimmte Zeit angeheuert wurden, um die Besatzung unter Beachtung der Rheinschiffahrtsverordnungen zu vervollständigen oder zu verstärken“.

³ Die Verordnung (EU) Nr. 1231/2010 ist in der Schweiz nicht anwendbar.

in Gemäßheit des Artikels 72 Absatz 2 Buchstabe a des Rheinübereinkommens,
einigt sich einstimmig auf folgende Auslegung:

- Unter "Hilfskraft" im Sinne der Artikel 1 Buchstabe n und 11 Absatz 4 des Rheinübereinkommens ist eine Person zu verstehen, die eine spezifische und einmalige Tätigkeit an Bord verrichtet (z.B. Lotse, Instandsetzer) und nicht als Teil der Besatzung gilt.

Die Sozialversicherungszugehörigkeit einer solchen Hilfskraft richtet sich nach den maßgeblichen Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 883/2004. oder Artikel 11 Absatz 4 des Rheinübereinkommens.

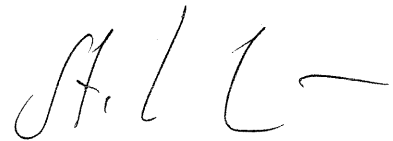
- Unter „Zeitarbeiter“ im Sinne des Artikels 1 Buchstabe b der Ausnahmereinbarung ist eine Person zu verstehen, die kurzzeitig an Bord eines Schiffes tätig ist und während dieser Zeit an Bord zur Besatzung gehört. Eine solche Person gilt als Rheinschiffer und ist keine „Hilfskraft“ im Sinne der obigen Definition.

Die Sozialversicherungszugehörigkeit einer solchen Person als Rheinschiffer richtet sich nach den Bestimmungen der Ausnahmereinbarung.

Straßburg, den 3 Oktober 2013



Der Sekretär
C. TOURNAYE



Der Vorsitzende
S. CUENI